

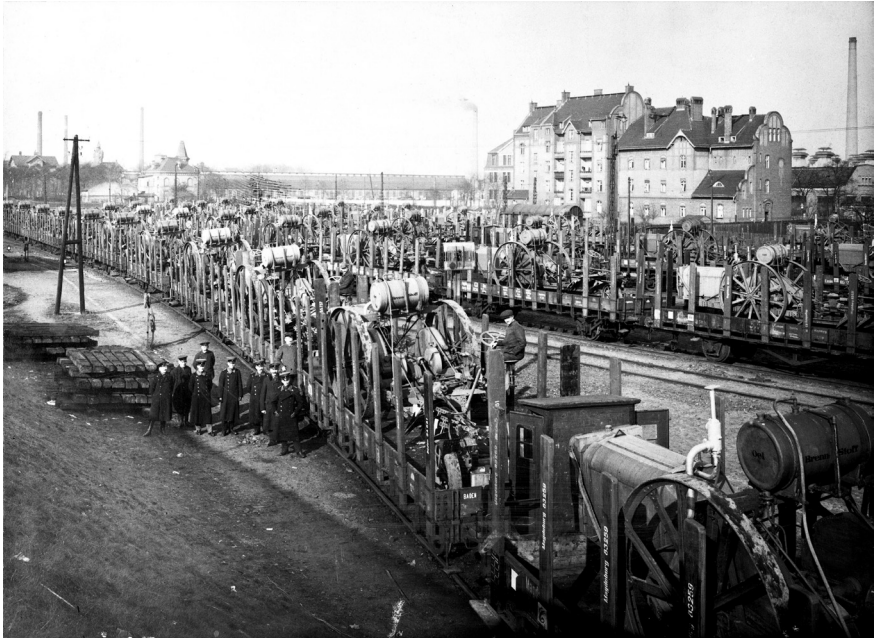
Anna Karla

WESTEUROPAS WIEDERAUFBAU – MADE IN GERMANY?

Baumaterial aus Deutschland im Versailler Vertrag

Es ist kein typisches Fotomotiv. Abgebildet ist ein Güterbahnhof, auf dem mehrere Züge zur Abfahrt bereitstehen. Wo genau der Bahnhof sich befindet, bleibt offen. Die preußisch-gründerzeitliche Architektur der mehrstöckigen Wohnhäuser und die Fabrikschlote im Hintergrund deuten auf eine Gegend in Norddeutschland, im Ruhrgebiet oder im Rheinland hin. Die Waggons, die sich in langen Reihen durch das Bild ziehen, haben große Gerätschaften geladen. Man erkennt die Räder der Geräte und ihre Haltevorrichtungen mit Tonnen, obwohl die Verladearbeiten längst abgeschlossen sind. Denn die Wandverkleidungen der Güterwagen wurden abmontiert; fein säuberlich gestapelt liegen sie am Rand der Gleise. Daneben posieren Männer in dunklen Reichsbahnuniformen wie zu einem Gruppenfoto. Zwei weitere Männer in Arbeitsjacken haben einen der Waggons und seine Ladung erklommen und blicken von diesen erhöhten Positionen aus in die Kamera.

»Reparations-Ablieferungen nach dem Versailler Diktat« – so nannte die Bildagentur Scherl das Foto, das sie vermutlich im Jahr 1920 in Umlauf brachte. Das Untypische an dieser Quelle ist nicht der abwertende Duktus der Bildunterschrift, schließlich war in der Weimarer Republik die Rede vom »Diktatfrieden« gang und gäbe. Untypisch ist, dass die Folgen des Friedensschlusses von 1919 hier nicht auf die finanziellen Forderungen der Entente-Staaten reduziert werden. Stattdessen steht mit den Lieferungen von Gegenständen ein Aspekt des Versailler Vertrags vor Augen, für den sich die historische Forschung bislang nur am Rande interessiert hat. Die Geschichtsschreibung zu den Reparationspflichten des Deutschen Reiches nach dem verlorenen Weltkrieg ist in erster Linie eine Geschichte über Geld. Die kontroversen Diskussionen um die Finanzschuld während der Vertragsverhandlungen in Versailles



Bundesarchiv, Bild 183-Ro2190, Foto: o. Ang., ca. 1920

sind detailliert aufgearbeitet;¹ gleiches gilt für den Verhandlungsmarathon, der in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren auf die Pariser Vorortverträge folgte.² Dass die Delegierten im Versailles der ersten Jahreshälfte 1919 aber nicht nur über Milliarden von Goldmark verhandelten, sondern auch über Pferde und Kühe, landwirtschaftliche Geräte und Fabrikeinrichtungen, Zement und Bauholz sowie über Bücher, Bilder und Kriegstrophäen aus dem späten 19. Jahrhundert, zählte bislang eher zu den vermeintlichen Kuriositäten des Friedensschlusses als zu den Gegenständen dezidierter historiographischer Aufmerksamkeit.³ Die Anlagen IV bis VI zum achten Teil des Versailler

1 Noch immer einschlägig: Bruce Kent, *The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations 1918–1932*, Oxford 1989. Die Arbeit an diesem Aufsatz wurde durch einen Postdoc Grant im Rahmen des Zukunftskonzeptes der Exzellenzinitiative an der Universität zu Köln ermöglicht.

2 Vgl. Philipp Heyde, *Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan, 1929–1932*, Paderborn 1998.

3 Die originelle, aber vereinzelte Studie von Wolfgang Schivelbusch, *Die Bibliothek von Löwen. Eine Episode aus der Zeit der Weltkriege*, München 1988, bildet hierzu die Ausnahme. Allg. zur Vernachlässigung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags vgl. Eberhard Kolb, *Der Frieden von Versailles*, München 2005, 2. Aufl. 2011, S. 67.

Vertrags (»Wiedergutmachung«) umfassten sowohl Sachlieferungen von Verbrauchsmaterial und Nutztieren als auch die Rückgabe von beschlagnahmtem Material, wobei nicht alle Forderungen der Entente-Staaten eindeutig bemessen waren. So forderte beispielsweise Belgien »200 Hengste im Alter von 3-7 Jahren« sowie »15.000 Mutter-schweine«; Frankreich erwartete unter anderem »2.000 Stiere im Alter von 18 Monaten bis 3 Jahren« und »90.000 Milchkühe im Alter von 2-6 Jahren«. Für die kriegszerstörten Gebiete waren pauschal »Materialien für den Wiederaufbau (Steine, Ziegelsteine, Bruchsteine, Dachziegel, Bauholz, Scheibenglas, Stahl, Kalk, Zement usw.)« veranschlagt.⁴

Auf einen ersten Blick ist diese materielle Dimension der Reparationsgeschichte tatsächlich nur schwer zugänglich. Eine Wirtschaftsgeschichte der Sachleistungen müsste in Sisyphusarbeit ermitteln, was wann und in welcher Menge geliefert wurde. Zu prüfen (aber letztlich wohl kaum zu klären) wäre beispielsweise, ob Frankreich schon im Oktober 1920 »72,5 Prozent« der aus Deutschland angeforderten Nutztiere erhalten hatte, wie das »Berliner Tageblatt« vollmundig berichtete.⁵ Die Zahlen, die in den zeitgenössischen Abhandlungen kursieren,⁶ müssten auf Differenzen zwischen den Angaben der Geber und denen der Empfänger hin bereinigt werden. Der Geldwert der Sachleistungen, der auf das »Reparationskonto« gutgeschrieben wurde, müsste mit der – gleichfalls umstrittenen⁷ – Summe der finanziellen Reparationen verrechnet werden.⁸ Neben der zeitgenössisch so bezeichneten »Reparationskohle«⁹ müsste eine solche Gesamtbilanz alle Gegenstände, die nicht unbeträchtliche Zahl an Tieren sowie die Dienstleistungen erfassen, die als Sachleistungen unter die Bestimmungen des Versailler Vertrags fielen. In diese Rechnung einzubeziehen wären schließlich auch die Restitutionsen von Gegenständen, die während des Krieges von Deutschland beschlagnahmt worden waren.

Ob der zu erwartende Erkenntnisgewinn den Aufwand eines solchen Unterfangens rechtfertigen würde, ist mehr als fraglich. Die Fotografie der Bildagentur Scherl legt darüber hinaus nahe, dass sich aufschlussreiche Aspekte der Reparationsthematik einem rein quantifizierenden Zugriff entziehen könnten. Stattdessen öffnet die Art und Weise, wie die »Reparations-Ablieferungen« hier ins Bild gesetzt wurden, Spielraum

4 Für die einschlägigen Vertragspassagen vgl. Teil VIII: Wiedergutmachung, Anl. IV-VII in der Gesamtedition des Vertragstextes: *Der Vertrag von Versailles*, Frankfurt a.M. 1988, S. 118-375, hier S. 255-264, Zitate S. 255ff. Vgl. ferner die Online-Edition des Vertragstextes: <<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1919&size=45&page=1229>>. Im Überblick: Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 954.

5 Unsere Viehlieferung an die Entente, in: *Berliner Tageblatt*, 19.10.1920, S. 16.

6 So seien beispielsweise zwischen 1925 und 1929 Sachleistungen im Wert von »1.937,9 Millionen Goldmark« nach Frankreich geliefert worden; vgl. Baptist Gradl, *Die Reparations-Sachleistungen von Versailles bis zur BIZ*, Berlin 1930, S. 94. Ebenfalls auf zeitgenössischen Angaben bis 1924 beruht die Übersicht bei Heike Knortz, *Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik*, Göttingen 2010, S. 103f.

7 Vgl. Kolb, *Frieden* (Anm. 3), S. 100.

8 Vgl. dazu knapp Peter Krüger, *Deutschland und die Reparationen 1918/19*, Stuttgart 1973, S. 164f.

9 Gradl, *Reparations-Sachleistungen* (Anm. 6), S. 104-132. Zum Problem der Kohleversorgung auch in Deutschland vgl. Richard Bessel, *Germany after the First World War*, Oxford 1993, S. 111-114.

für Interpretationen jenseits von Stückzahlen und Kontingenten. Denn die materiellen Reparationen waren nicht nur Sachwerte, sondern immer auch Träger von Bedeutung. Als Objekte, die nach Kriegsende aus Deutschland in die Länder der Kriegsgewinner überführt werden sollten, lassen sie sich nicht auf ihre bloße Gegenständlichkeit reduzieren. Zum Materialwert, der sich zahlenmäßig ausdrücken ließ, trat ein Symbolwert als Akt der Wiedergutmachung nach dem Weltkrieg. Eine Geschichte der materiellen Reparationen sollte diesen »Mehrwert« der Reparationsfrage thematisieren und ihn im Kontext der Nachkriegszeit problematisieren. Anstatt nur als Begleiterscheinung der finanziellen Reparationen könnten die Sachleistungen dann zu einem historiographischen Gegenstand eigenen Rechts aufsteigen, der auch in den Zuständigkeitsbereich einer theoretisch reflektierten Geschichte der »Dinge« fällt.¹⁰

Dieser Aufsatz erprobt eine solche dinggeschichtliche Perspektive auf den Versailler Vertrag anhand von Baustoffen aus Deutschland, die kurz nach dem Krieg in die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs geliefert werden sollten. Der Aufbaubedarf nach dem Waffenstillstand im November 1918 ist bislang nicht auf Basis deutscher Quellen thematisiert worden (1.). In Anbetracht der massiven Zerstörungen an der ehemaligen Westfront avancierte Baumaterial in Deutschland zu einem wirtschaftlichen Hoffnungsträger (2.), barg aber auch politische Sprengkraft (3.). Zwar stießen die weitreichenden deutschen Pläne zum Wiederaufbau auf erheblichen Widerstand in Frankreich; insofern hatte sich der Kriegsverlierer bei seinen Angeboten offenbar verkalkuliert (4.). Innerhalb einer Geschichte des Versailler Vertrags, welche die materiellen Reparationen inhaltlich rehabilitiert und methodisch neu fasst, eröffnen jedoch sogar nur angekündigte Lieferungen von Baumaterial neue Perspektiven auf die Zeit des Nachkriegs (5.).

1. Kriegszerstörungen und Aufbaubedarf

Den Anlass für eine mögliche Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Westeuropas bot die katastrophale Lage auf den ehemaligen Kriegsschauplätzen an der Westfront. Nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 offenbarte sich das Ausmaß der Zerstörungen, die in Frankreich insbesondere die Departements Nord, Pas-de-Calais, Champagne und Meurthe-et-Moselle betrafen. Im Verlauf des Krieges waren 4,2 Millionen Hektar Land dauerhaft oder vorübergehend durch feindliche Truppen besetzt gehalten worden. Nach 1918 waren davon 166.000 Hektar nachhaltig beschädigt, wobei sowohl der Verlust von Ernten, Vorräten und Viehbeständen als auch die Zerstörung von Wohnraum und Infrastrukturen wie Straßen, Eisenbahnen,

10 Zur historiographischen Einbettung vgl. Martin Knoll, *Nil sub sole novum* oder neue Bodenhaftung? Der *material turn* und die Geschichtswissenschaft, in: *Neue Politische Literatur* 59 (2014), S. 191-207, sowie die Einleitung zu diesem Themenheft.

Brücken und Kanälen zu Buche schlugen.¹¹ Dörfer, Kleinstädte, aber auch größere Städte wie Lille, Roubaix, Nancy, Reims, Amiens und Soissons waren massiv beschädigt. Nach der Flutung der nordfranzösischen Kohlegruben in der deutschen Frühjahrsoffensive von 1918 und der Stilllegung von Hochöfen, Eisen- und Stahlgießereien stand mit den Zentren der französischen Wirtschaftsleistung auch »Frankreichs industrielles Herz« still.¹² Der zeitgenössische Begriff der »régions dévastées« zielte somit auf ein Gebiet von beträchtlicher Größe, in dem Schlüsselbereiche des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens von den Kriegsfolgen unmittelbar betroffen waren.

Nachdem in der französischen Presse schon vor dem Waffenstillstand die Forderung nach materiellen Entschädigungen laut geworden war, drängte Frankreich in den Friedensverhandlungen auf eine rasche Klärung der Reparationsfrage.¹³ Innenpolitisch bestand dringender Handlungsbedarf. Die Regierung Clemenceau richtete nur zwei Wochen nach dem Waffenstillstand das Ministère de la Reconstitution Industrielle ein, dessen Leitung Louis Loucheur übertragen wurde, dem ehemaligen Minister für Bewaffnung und Kriegsproduktion. Die »Charte des sinistrés« vom 17. April 1919 legte die Zuständigkeiten bei der Klärung der Entschädigungsansprüche fest und verlieh dem Bemühen um einen raschen Wiederaufbau Gesetzeskraft.¹⁴ Von deutscher Seite aus wurde eine Beteiligung am Wiederaufbau schon in der Waffenstillstandskommission angeboten, die dafür eigens ein Referat einrichtete.¹⁵ Parallel zur Ausarbeitung des Vertrags und in den ersten Jahren nach seiner Ratifizierung plante auch die Reichsregierung, sich mit der Lieferung von Baustoffen sowie mit der Entsendung von Arbeitskräften am Wiederaufbau zu beteiligen. Damit wollte man einerseits Verhandlungsbereitschaft zeigen und die finanziellen Reparationen drücken; andererseits passte der erhöhte Materialbedarf der Nachbarländer auch zu dem internen Ziel, das wirtschaftliche »Wiedererstarken«¹⁶ Deutschlands voranzutreiben.

-
- 11 Die Zahlen nach Bruno Thoß, Art. »Kriegsschäden«, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, 2., erw. Aufl. 2014, S. 658–661, hier S. 660. Zum Ausmaß der Zerstörungen vgl. auch den Überblick von Nicolas Beaupré, *Das Trauma des Großen Krieges 1918–1932/33*, Darmstadt 2009, S. 125ff. Ferner: Annie Deperchin, *Des destructions aux reconstructions*, in: Stéphane Audoin-Rouzeau/Jean-Jacques Becker (Hg.), *Encyclopédie de la Grande Guerre*, Paris 2004, S. 1125–1137; Anne Duménil/Philipp Nivet (Hg.), *Les reconstructions en Picardie. Actes du colloque, Amiens 27 mai 2000 et 12 mai 2001*, Amiens 2003; Hugh Clout, *After the Ruins. Restoring the Countryside of Northern France after the Great War*, Exeter 1996; Stéphane Le Bras, *Post-war Economies (France)*, in: 1914-1918-online. International Encyclopedia of the First World War, hg. von Ute Daniel u.a., 4.9.2015, URL: <http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/post-war_economies_france>.
- 12 Anne Duménil, 17. April 1919. Der Wiederaufbau, in: Bruno Cabanes/Anne Duménil (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe*, Darmstadt 2013, S. 407–413. Siehe auch Thoß, *Kriegsschäden* (Anm. 1), S. 660; Kent, *Spoils of War* (Anm. 1), S. 22.
- 13 Vgl. Kent, *Spoils of War* (Anm. 1), S. 22ff.; Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2015, S. 361f.
- 14 Le Bras, *Post-war economies* (Anm. 11).
- 15 Vgl. Krüger, *Deutschland und die Reparationen* (Anm. 8), S. 166f., S. 172ff.
- 16 Ders., *Die Reparationen und das Scheitern einer deutschen Verständigungspolitik auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919*, in: *Historische Zeitschrift* 221 (1975), S. 326–372, Zitat S. 344.

Im November 1919 wurde mit dem Reichsministerium für Wiederaufbau eine Institution geschaffen, die auch mit dem Ministerium von Loucheur offiziell in Kontakt trat. In der vorrangig lokal- und regionalgeschichtlich ausgerichteten Historiographie zum französischen Wiederaufbau spielt das deutsche Interesse an Wiederaufbaufragen bislang jedoch keine Rolle. In Darstellungen zur Geschichte der frühen Weimarer Republik kommt wiederum das Reichsministerium für Wiederaufbau kaum vor. Obwohl es bis 1924 bestand und obgleich es mit Otto Geßler und Walther Rathenau als Wiederaufbauminister zeitweilig durchaus prominent besetzt war, sucht man es in der Literatur nahezu vergeblich.¹⁷ Mit Rathenau stand 1921 für einige Monate eine Persönlichkeit an der Spitze des Ministeriums, die vergleichbar zu Loucheur aus einer Schlüsselstellung als Organisator der Kriegswirtschaft nach dem Krieg in das Ressort des Wiederaufbaus gewechselt war.¹⁸ Die Lage in den Aufbaugebieten wurde im Reichsministerium aufmerksam beobachtet. Trotz wachsender Skepsis der Entente trug man sich auch in Kreisen der deutschen Wirtschaft noch zu Beginn der 1920er-Jahre mit der Hoffnung, in Nordfrankreich tätig werden zu können. Die im Folgenden untersuchten Vorstöße des Ministeriums und der mit ihm korrespondierenden Stellen (etwa der regionalen Handelskammern) belegen eine rege Kommunikation zwischen Politik und Bauwirtschaft in der frühen Nachkriegszeit. In Anbetracht des Aufbaubedarfs im Nachbarland waren Baumaterialien nicht nur handelsüblich-neutrale Gegenstände, sondern auch eine Währung im Reparationsgeschäft.

2. Baustoffe als wirtschaftliche Hoffnungsträger

Die Aussicht auf neue Absatzmärkte für heimische Produkte rief auch dubiose Akteure auf den Plan. Der »Verein Freie Wirtschaft« mit Sitz in Berlin-Friedenau formulierte Mitte Juli 1919 die optimistische Prognose, dass »[d]eutsche Industrie und deutsche Arbeit [...] an dem Werke des Wiederaufbaus erheblich beteiligt sein [werden]«. ¹⁹ In einem Brief forderte der unterzeichnende Generalsekretär Seidel die regionalen Handelskammern zu Umfragen in ihrem Bezirk auf, um die Lieferkapazitäten und -modalitäten einzelner Firmen zu erheben. Man wolle sich einen Eindruck der Lage verschaffen, um auf dieser Basis das »freie Unternehmertum« für den Wiederaufbau zu gewinnen.

17 Vgl. nur Hugo Ott, Das Reichsministerium für Wiederaufbau in seiner wirtschaftspolitischen Funktion für den Arbeitsmarkt 1919/20, in: Hermann Kellenbenz (Hg.), *Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt. Bericht über die 4. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Wien am 14. und 15. April 1971*, Wien 1974, S. 288-306, sowie wiederum Schivelbusch, *Bibliothek von Löwen* (Anm. 3).

18 Zu Rathenau als Reichsminister für Wiederaufbau vgl. Lothar Gall, *Walther Rathenau. Portrait einer Epoche*, München 2009, S. 229-232.

19 Verein Freie Wirtschaft an Handelskammer Koblenz (15.7.1919), in: Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (RWVA), Abt. 3, Nr. 5, Fasz. 62, unpag.: Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs & Belgiens; dort auch die folgenden Zitate.

Angesichts des erwarteten Mehrwerts der Sachleistungen für die deutsche Wirtschaft griff Seidel sogar auf die agonale Rhetorik aus Kriegszeiten zurück, die er vorsorglich pazifistisch entschärfte: »In Nordfrankreich und Belgien wird unter bestimmten Voraussetzungen das Schauspiel friedlichen Völkerwettbewerbs einsetzen können, bei dem der deutsche Unternehmer zeigen kann, welchen organisatorischen Vorsprung er noch immer vor dem Ausländer hat.«

Wie sich nur wenige Wochen später herausstellte, ging die Anfrage allerdings nicht auf eine konzertierte Aktion deutscher Wirtschaftsvertreter zurück, sondern auf einen Alleingang des Vereinsvorsitzenden. Mitte August 1919 warnte der Deutsche Industrie- und Handelstag seine Mitglieder per Rundschreiben: dass man den »Verein Freie Wirtschaft« nicht kenne; dass weder das Auswärtige Amt noch das Reichswirtschaftsministerium über dessen Tätigkeit im Bilde seien und derzeit Informationen einholten; dass schließlich die Verhandlungen der Kommissionen zur Umsetzung des Versailler Vertrags noch in der Schwebelage seien und die Frage »der Arbeitergestellung, Materiallieferung und allgemein Zulassung des Deutschen Reichs zu den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich« noch ungeklärt sei. Auch gab man staatlicherseits zu bedenken, dass insbesondere »die französischen Verhandlungsstellen sich unserer Kommission gegenüber bisher ziemlich ablehnend verhalten haben«.²⁰

Die Anfrage des »Vereins Freie Wirtschaft« hatte allen offiziellen Warnungen zum Trotz jedoch schon Kreise gezogen. Auf Geheiß des Vereins hatte sich beispielsweise die Handelskammer Koblenz umgehend an insgesamt 121 einschlägige Firmen im Rheinland gewandt. Unter dem Betreff »Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens« waren diese gebeten worden, ihre Kapazitäten zu prüfen und zu melden: »Es soll festgestellt werden, welche Betriebe grundsätzlich geeignet sind, sich an den Arbeiten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens zu betätigen. Sollte das bei Ihnen der Fall sein, so bitten wir, und [sic!] bald zu benachrichtigen und dabei auch die Arbeiten und Lieferungen anzugeben, die für Sie in Frage kommen.«²¹ Etwa die Hälfte der Firmen meldete sich auf die Anfrage zurück, davon der überwiegende Teil mit positiven Reaktionen. Nach dem Dementi der Ministerien waren diese Angebote zwar faktisch obsolet. Als Quellen sind die Antwortschreiben aber insofern aufschlussreich, als sie Einblick in die vielfältigen Erwartungen bieten, die sich mit den materiellen Reparationen verbanden. Sie zeigen, wie aus vermeintlich alltäglichen Gegenständen wie Baumaterialien umworbene und politisch relevante Produkte werden konnten, die in Zeiten des Wiederaufbaus einträgliche Geschäfte versprachen.

Das Spektrum der seitens der Koblenzer Handelskammer angefragten Baustoffproduzenten reichte von kleinen und mittleren Betrieben wie Zementproduzenten, Dachpappenfabrikanten und Bautischlern bis zu schwergewichtigen Unternehmen wie der Philipp Holzmann Aktiengesellschaft. Letztere erkannte in den Gebieten des Wiederaufbaus ohnehin einen interessanten neuen Absatzmarkt, den es rechtzeitig

20 Rundschreiben des Deutschen Industrie- und Handelstags Berlin (12.8.1919), in: ebd.

21 Handelskammer zu Koblenz, Gesch. Nr. 1267 (22.7.1919), in: ebd.

und durchaus auch staatlich flankiert für sich zu gewinnen galt. Auf die Anfrage der Koblenzer Handelskammer antwortete die Frankfurter Zentrale von Philipp Holzmann stellvertretend für ihren »Steinmetzwerkplatz Brohl a/Rhein« postwendend: »An den Arbeiten werden wir uns beteiligen. Die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen in Berlin sind eingeleitet.«²²

Aus Sicht der mittleren und kleinen Unternehmen ließ eine Anfrage wie diejenige des »Vereins Freie Wirtschaft« die Hoffnung darauf wachsen, durch Lieferungen in die Nachbarländer den eigenen Umsatz anzukurbeln. Einige boten ihre Dienste sogar in vorauseilendem Gehorsam an – wie die Actien-Gesellschaft für Verzinkerei und Eisenconstruction in Rheinbrohl und Neuwied am Rhein, die sich neben Eisenhoch- und Brückenbau auf »Wellblechhäuser, Schuppen, Dächer [und] Bedürfnisanstalten«²³ spezialisiert hatte. Für Belgien und Nordfrankreich sah man sich sehr wohl in der Lage, anspruchsvolle Baustellen zu übernehmen, und stellte diese Nachricht nach Koblenz durch: »Im Besitze Ihres Schreibens vom 22. vor. Mts. Gesch.No 1267 teilen wir Ihnen mit, daß wir durchaus geneigt sind, uns an den Arbeiten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens zu beteiligen, indem wir die eisernen Industriebauten und Brücken wieder herstellen. Wir bitten Sie also höflichst, uns zu berücksichtigen [...]«²⁴

Eine Firma, die im Kölner Umland Steinvorkommen abbaute und verarbeitete, präsentierte eine diversifizierte Auswahl an Produkten und bot an, zusätzlich zu Basaltlavastein auch »Trass zu Mörtel- und Betonzwecken [...] im Rahmen unserer Betriebs-einrichtungen zur Verfügung zu stellen.«²⁵ Das Argument, mit dem sich diese Firma als Baustofflieferant ins Spiel brachte, zielte auf die eigene Vorkriegsexpertise und eine daraus erwachsende Vertrautheit mit den Baupraktiken der westlichen Nachbarn. So gaben die Unterzeichner zu bedenken, dass »Trass [...] schon vor dem Kriege in Belgien in erheblichem Masse für Hafens-, Kanal- und sonstige Wasserbauten und auch in Nordfrankreich bei der Erbauung des Hafens von Dünkirchen verwendet [wurde]«.²⁶ Außer auf die Erfahrungen des eigenen Unternehmens und die Qualität seiner Produkte beriefen sich die Firmen im Radius der Koblenzer Handelskammer naturgemäß auf ihre geografische Lage. Sie leiteten auch daraus die gute Kenntnis des belgischen und französischen Baumarkts sowie Kontakte ab, die sich gegebenenfalls reaktivieren ließen; vor allem aber versprach die räumliche Nähe zu den Bedarfsländern das in der unmittelbaren Nachkriegszeit drängende Problem der Logistik zu entschärfen.²⁷

22 Philipp Holzmann Aktiengesellschaft an Handelskammer zu Coblenz (20.7.1919), in: ebd. Zur Tätigkeit des Holzmann-Konzerns im Europa der Zwischenkriegszeit, allerdings ohne Bezug auf die Frage des Wiederaufbaus, vgl. Manfred Pohl, *Philipp Holzmann. Geschichte eines Bauunternehmens 1849–1999*, München 1999, S. 142–174.

23 Actien-Gesellschaft für Verzinkerei und Eisenconstruction vorm. Jacob Hilgers an Handelskammer zu Koblenz (1.8.1919), in: RW/WA (Anm. 19).

24 Ebd.

25 D. Zervas Söhne G.m.b.H. Cöln an Handelskammer Coblenz (30.7.1919), in: ebd.

26 Ebd.

27 Vgl. Steinbruch Actien-Gesellschaft Cöln an Handelskammer Coblenz (8.8.1919), in: ebd.

Durch ihren Mehrwert als Reparationsware avancierten die Baustoffe zu einem Druckmittel für eigene Forderungen. So gab die Steinfabrik Rhenanina aus Neuwied am Rhein in ihrem Antwortschreiben an die Handelskammer zu bedenken, dass man zu Lieferungen von feuerfesten Steinen für den Wiederaufbau bereit sei. Die Produktionskapazitäten hingen aber von der Rohstoffversorgung ab, die auch ein gutes halbes Jahr nach dem Waffenstillstand äußerst prekär blieb: »Bei regelmäßiger Belieferung mit Kohle können wir monatlich ca. 250 Tonnen liefern.«²⁸ Der rheinpfälzische Steinbruchbesitzer Carl Holzer gab lapidar zu Protokoll, dass er »evt. bereit [sei], Strassendeckmaterial und Betongrus zu liefern«, knüpfte dieses Angebot aber an die Bedingung, dass »diese Materialien nicht, wie jetzt[,] von der franz. Besatzungsbehörde der Pfalz beansprucht werden«.²⁹ Bedenkt man, dass die Firmen hinter dem Rundschreiben der Handelskammer Koblenz eine offizielle Anfrage vermuteten, fällt einmal mehr der selbstbewusste Ton auf, den einige von ihnen in den Antworten anschlugen. Aus Sicht der Produzenten musste der drängende Materialbedarf wie ein Bittgesuch wirken. Im Fall einer deutschen Beteiligung am Wiederaufbau jedenfalls konnte ein vielversprechendes Geschäft ins Haus stehen, das die Nachkriegsproduktion ankurbeln, neue Absatzmärkte erschließen und drohende Versorgungsengpässe zum Gegenstand einer politischen Debatte erheben würde.

Vergleichbare Eingaben wurden nicht nur bei der regionalen Handelskammer vorgebracht, sondern auch an höherer Stelle in Berlin. Obwohl man sich dort über den Stand der Verhandlungen mit den Entente-Staaten und dementsprechend auch über den staatlichen Bedarf an Baumaterial bedeckt hielt, erreichten entsprechende Angebote die Ministerialbeamten schon vor der offiziellen Gründung des Reichsministeriums für Wiederaufbau. Die bis ins Jahr 1926 hinein archivierte Korrespondenz umfasst immerhin elf Aktenordner, die durchweg ein ähnliches Bild bieten:³⁰ Die Reparations-Paragrafen im Versailler Vertrag und die daraus abgeleiteten Gerüchte um von Deutschland kontrollierte Großbaustellen in Westeuropa hatten bei deutschen Baustoffproduzenten den Eindruck hinterlassen, über im Zeitgeschehen relevante Produkte zu verfügen. Diese zu bewerben und sinnvoll zu platzieren war folglich nicht nur ein Akt ökonomischen Eigennutzes, sondern wurde zugleich als politische Willensbekundung inszeniert – etwa auch dadurch, dass man sich wie im Fall einer Rostocker Baufirma der Unterstützung seines lokalen Reichstagsabgeordneten versicherte, bevor man nach Berlin schrieb.³¹ Das Ministerium reagierte seinerseits mit einer Vertröstungstaktik. Unter Verweis auf die laufenden Verhandlungen mit der Entente galten die Anfragen als noch nicht spruchreif. Aus Sicht der Weimarer Politik waren die zahlreichen Offerten deutscher Unternehmer Gegenstand außenpolitischer Erwägungen, bei denen Baumaterial weder als unbescholtene Hilfsleistung noch als unpolitisches Geschäftsangebot galt, sondern den Verhandlungspartner durchaus auch brüskieren konnte.

28 Rhenanina Fabrik feuerfester Produkte, G.m.b.H. an Handelskammer Coblenz (25.7.1919), in: ebd.

29 Carl Hauser Steinbruchbesitzer an Handelskammer Coblenz (26.7.1919), in: ebd.

30 Vgl. Bundesarchiv (BArch) R 3301/624-634.

31 Vgl. BArch R 3301/627, unpag.

3. Wiederaufbauhilfe als Politikum

Waren im Sommer 1919 die vertraglich vorgesehenen Lieferungen von Baumaterial aus Deutschland noch als Chance für die deutschen Unternehmen aufgenommen worden, so hatte sich die Stimmung zwei Jahre später spürbar eingetrübt. In Frankreich wuchsen die Vorbehalte gegenüber der in Deutschland vieldiskutierten Idee, deutsche Bauarbeiterkolonnen als Hilfstruppen für den Wiederaufbau in die zerstörten Gebiete zu entsenden; eine Umfrage unter den Bewohnern des nordfranzösischen Departements Somme brachte im Frühjahr 1921 die Sorge vor einer neuerlichen deutschen Invasion zum Ausdruck.³²

Dass man sich auch in Kreisen der Reichsregierung dennoch weiterhin mit Überlegungen zu einer Beteiligung am Wiederaufbau trug, hing mit einem grundsätzlichen Interesse an den Sachleistungen zusammen. Im Deutschen Reich produziert, sollten die Güter in die Bedarfsländer transferiert werden, und der Gegenwert sollte von der Gesamtsumme der Reparationen abgezogen werden – dies bedeutete folglich eine Minderung der finanziellen Reparationslast. Die Materiallieferungen ließen sich zudem leichter noch als die Geldzahlungen als Willensbekundung zur Wiedergutmachung und als Eingeständnis moralischer Schuld inszenieren. So fand im Reichsministerium noch Mitte März 1921 eine Lagebesprechung mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft zur »Frage der Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs« statt.³³ Geladen hatte der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Heinrich Albert; Gastgeber war Staatssekretär Gustav Müller, der das Reichsministerium für Wiederaufbau seit dem Frühjahr 1920 kommissarisch leitete. Das Auswärtige Amt und die Reichsministerien für Wirtschaft, Finanzen und Arbeit sowie die Reichstagsfraktionen hatten Vertreter entsandt, wobei seitens der Unternehmer auch Reinhard Mannesmann und der Kommerzienrat und Bauunternehmer Julius Berger zugegen waren.³⁴ Die Auswahl an geladenen Personen und das Thema der Sitzung legen nahe, dass Vertreter der Bauwirtschaft nicht nur darum bemüht waren, ihre Produkte gewinnbringend zu platzieren, sondern dass sie damit in der frühen Nachkriegszeit durchaus auch ein Interessensfeld mit der Weimarer Politik teilten.

Die anhaltenden Ressentiments auf französischer Seite waren den deutschen Unternehmern geläufig; von lohnenden Geschäften wollte man sich dennoch nicht abhalten lassen. Dies zumindest zeigt einer der Vorschläge, die im Reichsministerium für Wiederaufbau besprochen wurden: Die Firma Mannesmann hatte »zusammenlegbare Häuser«³⁵ in die Debatte um die Aufbauhilfe in Nordfrankreich eingebracht. Das

32 Vgl. Clout, *After the Ruins* (Anm. 11), S. 203ff.

33 BArch R/3301, fol. 26, sowie R/43/1/342, fol. 269-275.

34 Zur Unternehmensgeschichte vgl. im Überblick Heinrich Koch, *75 Jahre Mannesmann. Geschichte einer Erfindung und eines Unternehmens*, Düsseldorf 1965; Bernhard Stier/Manfred Krauß, *Drei Wurzeln – ein Unternehmen. 125 Jahre Bilfinger Berger AG*, Heidelberg 2005.

35 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums (14.4.1921), BArch R 43 I/343, fol. 19.

Bausystem für Fertighäuser sollte die prekäre Situation der sogenannten »sinistrés« verbessern helfen, also derjenigen Bewohner Nordfrankreichs, die aufgrund der Kampfhandlungen ihr Hab und Gut verloren hatten und die auf Unterstützung bei den Aufbauarbeiten dringend angewiesen waren.

Mit dem Vorschlag brachte sich der Unternehmer Mannesmann einmal mehr als erfinderischer Geschäftsmann ins Gespräch. Eine »Denkschrift über die Verwendung von Typenhäusern für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien«,³⁶ die ihren Weg über das Auswärtige Amt ins Reichsministerium für Wiederaufbau genommen hatte, erläuterte die diversen Vorteile des Bauverfahrens. Schlüssel zum Erfolg sollte eine Bauweise sein, die an jenen Stellen zu sparen versprach, wo nach dem Krieg der größte Mangel herrschte. So wurde die Materialfrage durch ein ressourcensparendes Plattenbausystem gelöst: »Die Häuser bestehen aus großen Bauplatten, die auf schnellstem Wege maschinell hergestellt wurden.« Diese Technik ermögliche es, im Herstellungsverfahren Zeit und auf der Baustelle vor Ort Arbeitskräfte einzusparen. Dank eines simplen Stecksystems aus »einzelnen Platten – circa 400 für jedes Haus« sei das Gebäude rasch und unkompliziert zu errichten, ohne dass »Nacharbeit an der Baustelle« nötig werde. Zur materiellen und zeitlichen Effizienz des Fertighauses sollte beitragen, dass durch die Plattenbauweise sonst übliche Tätigkeiten wie das Verputzen gemauerter Wände entfielen. Als Krönung der Erfindung galt das Versprechen, mit dem Fertighaus einen Beitrag zur viel diskutierten hygienischen Verbesserung von Wohnraum zu leisten. Die spezielle Innenauskleidung aus waschbarem Zement biete »volkshygienisch den großen Vorteil, daß das Zimmer durch Abseifen oder dergl. völlig desinfiziert werden kann, ohne daß der Innenanstrich einer Erneuerung bedarf«. Das Mannesmann-Projekt vereinte das Versprechen humanitärer Aufbauhilfe geschickt mit dem Verweis auf ökonomische Sparzwänge. Darüber hinaus bediente es sich einer bautechnischen Innovationsrhetorik, die nicht zuletzt auf einen Reputationsgewinn für das eigene Unternehmen abzielte.

Mit den Fertighäusern stand auch die heikle Frage der Entsendung von Arbeitskräften wieder im Raum. Sie war schon 1919 im Auswärtigen Amt und im Reichsministerium für Wiederaufbau diskutiert, angesichts der Vorbehalte in Frankreich aber zurückgestellt worden.³⁷ Unterstützung fand der Mannesmann-Vorschlag indes noch 1921 bei Vertretern der Baugewerkschaften, die entgegen aller Skepsis in Frankreich an einem Aktionsplan für die deutsche Beteiligung am Wiederaufbau festhielten. In der Denkschrift für den Gewerkschaftskongress in Amsterdam griffen sie auf Informationsmaterial der Firma Mannesmann zurück. Das Memorandum erläuterte die baulichen Details, es warb aber auch allgemein für Pragmatik beim Wiederaufbau: »Immer mehr bricht sich bei allen wirtschaftlich Denkenden die Überzeugung Bahn,

36 BArch 3301/27, fol. 98f. Die folgenden Zitate ebd.

37 Vgl. Krüger, *Deutschland und die Reparationen* (Anm. 8), S. 173f., sowie die umfangreichen Planungen in BArch 3301/138.

daß die Frage des Wiederaufbaus nicht allein auf finanziellem Wege, sondern vor allem durch die praktische Mitarbeit in Gestalt von Lieferungen des erforderlichen Materials sowie durch Bereitstellung von Arbeitskräften gelöst werden kann.«³⁸ Im Interesse der Betroffenen vor Ort sei es daher entscheidend, »deutsche Arbeiter und deutsches Material«³⁹ zuzulassen und zu nutzen, anstatt Gerüchte über eine erneute Invasion zu streuen. Zudem liege ein Vorteil des Mannesmann'schen Typenhauses nicht nur in seiner ressourcenschonenden Verwendung von Baumaterial, sondern auch in einem schonenden Umgang mit den Befindlichkeiten der potentiellen Nutzer. Hatte man 1919 in Berlin noch über den längerfristigen Einsatz deutscher Bauarbeiterkolonnen in Nordfrankreich nachgedacht, so schlugen die Gewerkschaftsvertreter nun diplomatischere Töne an: »Es hat außerdem den Vorzug, daß deutsche Arbeiter nicht in großer Anzahl und überdies auch nur kurze Zeit an dem betreffenden Ort des Wiederaufbaugesbietes beschäftigt zu werden brauchen.«⁴⁰ Zu guter Letzt erwies sich das Fertigbausystem als flexibel genug, um lokalen Gegebenheiten und ästhetischen Vorlieben Rechnung zu tragen. Die Firma Mannesmann bot eine »Normalgrundlage«, anschließend sollte »jeder Architekt seinen künstlerischen Neigungen folgen und das Haus der Umgebung sowie dem Rahmen der Landschaft anpassen«. Zur Wahl standen 100 verschiedene Fassadentypen sowie verschiedene Dachstühle, unter denen explizit auch das »französische Mansardendach« genannt wurde.⁴¹

Das Memorandum verband die Werberhetorik der Firma Mannesmann mit dem Bemühen der Gewerkschaftsvertreter um eine möglichst diplomatische Lösung der Wiederaufbaufrage. Die von Mannesmann angestrebte Rationalisierung des Bauprozesses war allerdings auch geeignet, Misstrauen gegenüber den vermeintlichen Hilfeleistungen zu schüren. Schließlich handelte es sich bei den Typenhäusern keineswegs um Rohmaterial für einen von Frankreich selbst zu organisierenden Wiederaufbau, sondern um ein Aushängeschild der wirtschaftlichen und technischen Effizienz deutscher Bautätigkeit. Seitens der Gewerkschaftsvertreter betonte man zwar nachdrücklich, dass ein Wiederaufbau mit Fertighäusern dazu beitragen werde, die »Wunden des Weltkrieges«⁴² möglichst rasch zu schließen. Dass zwischen den Zeilen eine latente Eroberungsrhetorik mitschwang, lässt sich aber auch als eine Reminiszenz an technische Überlegenheitsvorstellungen lesen, die zeitgenössisch nur schwer mit der Kriegsniederlage vereinbar war: »Die einzelnen Platten [...] sind genau ineinander gepaßt, sodaß das Haus ohne Nacharbeit an der Baustelle wie ein Normalgewehr aus seinen einzelnen Teilen zusammengesetzt werden kann.«⁴³

38 BArch 3301/27, fol. 98.

39 Ebd.

40 Ebd., fol. 99.

41 Ebd.

42 Ebd., fol. 98.

43 Ebd.

4. Grenzen deutscher Exportträume

Nach Kriegsende und unter den Vorzeichen des Versailler Vertrags war es keinesfalls nebensächlich, woher die Baustoffe stammten, mittels derer man die sichtbaren »Wunden des Weltkrieges« zu schließen gedachte. Die Umfrage der Koblenzer Handelskammer und das Memorandum zu den Fertighäusern belegen, dass man sich auf deutscher Seite über die politischen und symbolischen Implikationen der eigenen Produkte durchaus im Klaren war. Einkalkuliert wurde auch, dass allzu offensive Angebote der deutschen Regierung oder deutscher Firmen bei den Empfängern auf Misstrauen stoßen würden.

Die Konsequenzen, die man aus der Brisanz des Themas zog, waren unterschiedlich: Offizielle Stellen waren auf diplomatischer Ebene direkt mit den Vorbehalten der potentiellen Empfänger konfrontiert. Nachdem die ursprünglich weitreichenden Pläne zur Entsendung deutscher Baukolonnen immer weiter aufgeschoben worden waren, gab sich das Reichsministerium für Wiederaufbau vorsichtiger mit Prognosen über den Stand der Verhandlungen. Die Gewerkschaftsvertreter, die das Informationsmaterial von Mannesmann zu einem Aktionsplan für Nordfrankreich erweiterten, erkannten in der Materiallieferung und in der punktuellen Unterstützung bei den Aufbauarbeiten aber weiterhin ein probates Mittel, um materielle und moralische Reparationsschuld einzugestehen und abzutragen. Aus Sicht der Firmen ließen sich nachgefragte Baumaterialien bei Bedarf auch als innenpolitisches Druckmittel einsetzen. Das Beispiel der Mannesmann'schen Typenhäuser zeigt darüber hinaus, dass die Baustoffe und -pläne auch als Ausweis einer technischen Asymmetrie gesehen werden konnten, die den politischen Machtverhältnissen im Kontext der Nachkriegszeit diametral entgegenstand. Wenn ausgerechnet die Nation der Kriegsverlierer innovative Bauverfahren ins Spiel brachte, wurde die Grenze zwischen Sachlieferungen und Exportartikeln fließender, als dies im Versailler Vertragswerk vorgesehen gewesen war.

Weil die weitreichenden deutschen Pläne für den Wiederaufbau Nordfrankreichs letztlich ins Leere liefen, werden sie in der Literatur höchstens episodenhaft am Rande erwähnt. Dabei wird vor allem Frankreichs lautstarke Kritik an der geplanten Entsendung von Bauarbeiterkolonnen aus Deutschland betont.⁴⁴ In den deutschen Quellen stehen derweil die hohen Erwartungen ins Auge, diesen Vertragsbestimmungen gleichsam in vorausseilendem Gehorsam nachkommen zu können. Das Angebot, deutsches Baumaterial nach Nordfrankreich zu liefern, erscheint aus dieser Perspektive als ernstgemeinter Versuch, ökonomisches und symbolisches Terrain zurückzugewinnen. In den Angeboten des politischen und militärischen Kriegsverlierers zur Lieferung von Baumaterialien schwang insofern auch ein wirtschaftlicher Überlegenheitsgestus mit. Damit aber erweisen sich die deutschen Pläne für

44 Vgl. Clout, *After the Ruins* (Anm. 11), S. 203ff.

den Wiederaufbau als Teil einer Geschichte der Zwischenkriegszeit, in der materielle Reparationen nicht nur ihrer Erfüllung harhten, sondern selbst handlungsleitend sein konnten.

5. Die Macht des Materials: Für eine Geschichte der Dinge in Nachkriegszeiten

Im Herbst 1921 berichtete der sozialdemokratische »Vorwärts« von einer merkwürdigen Begebenheit, die sich im Januar 1919 abgespielt hatte. In dem Artikel ging es um jene militärischen Gegenstände, die im Zuge der napoleonischen Kriege und während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 erbeutet worden waren und die seither in der Potsdamer Garnisonkirche lagerten. Die Rückgabe der Kriegstrophäen war bereits in den Verhandlungen des Waffenstillstands zur Sprache gekommen und wurde im Versailler Vertrag festgeschrieben. Anstatt dass die »Adler und Standarten« vertragsgemäß den Weg nach Frankreich nahmen, scheiterte aber schon ihre Überführung von Potsdam in die Hauptstadt: »Die französischen Trophäen wurden in Potsdam in *Blechkisten* verpackt und nach Berlin geschickt. Bei der Oeffnung der Kisten stellte sich heraus, daß sie leer waren.« Die Angelegenheit wurde dem Potsdamer Amtsgericht überstellt, das noch zum Berichtszeitpunkt im Herbst 1921 keine Aufklärung hatte herbeiführen können. Aus Sicht der sozialdemokratischen Tageszeitung bestand derweil kein Zweifel daran, wer die fehlerhafte Sendung veranlasst habe: »Da kaum jemand Interesse an den alten Lappen haben dürfte als die Potsdamer militärische Clique, so bleibt nur wieder die Erklärung übrig, daß diese Kreise ihre Hand hier im Spiele hatten, um wegen einer Wagenladung voll alten Gerümpels dem Lande nur ja keinen Konflikt zu ersparen.«⁴⁵

Man kann dem Rätselraten um die »verschwundenen Franzosenfahnen« wie auch den Planspielen für eine massive deutsche Beteiligung am Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebiete Nordfrankreichs Anekdotencharakter unterstellen. Man kann aber auch diskutieren, was die Tatsache, dass derlei Begebenheiten in Ministerien verhandelt wurden und in der Presse Erwähnung fanden, über die zeitgenössische Aufmerksamkeitsökonomie in Zeiten von Friedensverhandlungen und Vertragsschluss verrät. Darüber hinaus werfen beide Episoden Fragen nach politischen Handlungsmustern und strukturellen wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Übergangsphase vom Weltkrieg zum Nachkrieg auf, die sich in der Versailles-Forschung bislang deshalb nicht

45 Die verschwundenen Franzosenfahnen, in: *Vorwärts*, 16.9.1921, S. 3 (Hervorhebung im Original). Zur Verzögerungstaktik deutscher Museen bei der Rückgabe von Kriegstrophäen nach 1918 vgl. Eva Zwach, *Deutsche und englische Militärmuseen im 20. Jahrhundert. Eine kulturgeschichtliche Analyse des gesellschaftlichen Umgangs mit Krieg*, Münster 1999, S. 128ff.

gestellt haben, weil sie in einem vorrangig finanzhistorischen Verständnis der Reparationsfrage nicht relevant erschienen. Begreift man die Passagen zu den materiellen Reparationen aber als einen ebenfalls konstitutiven Teil des Versailler Vertrags, so eröffnet sich neben den vieldiskutierten Passagen zum Völkerbund, zu den Grenzziehungen, zum Kriegsschuldparagraphen und zu den finanziellen Reparationen ein breites Spektrum an Gegenständen, deren Transfer die neu zu schaffende Friedensordnung materiell manifestieren und garantieren sollte.

Für eine Geschichtswissenschaft, die in der Erforschung des Materiellen einen Schlüssel zu sozialen Praktiken und Interaktionen erkennt, bietet die Geschichte des Versailler Vertrags und seiner Folgen in mindestens dreierlei Hinsicht methodisches Experimentierfeld. Dies betrifft, erstens, die Generierung neuer Quellenbestände: Geht man von der theoretischen Prämisse aus, dass »Dingen« neben ihrem finanziellen Gegenwert immer auch ein relationaler Wert im sozialen Gefüge zu eigen ist, so werden die Sachleistungs-Passagen im Versailler Vertrag und die Bedarfslisten, die von den Entente-Staaten nach Deutschland überstellt wurden, auch jenseits rein quantifizierender Ansätze relevant und lesbar. Bauholz beispielsweise, das unter dem Signum der Reparationsschuld aus dem Deutschen Reich nach Frankreich geliefert wurde, unterschied sich kategorial von einer beliebigen privaten Bauholzlieferung im deutsch-französischen Grenzverkehr der Vorkriegszeit. Der Status als Reparationsware schlug sich in der Vielzahl an beteiligten Akteuren nieder, er brachte ein breites Spektrum an begleitenden Maßnahmen mit sich und führte dementsprechend auch zu einer erhöhten und diversifizierten Quellenproduktion. Hatte Holz als Vorkriegsware es bestenfalls in die Kontobücher der beteiligten Unternehmen geschafft, so finden sich Reparationslieferungen in den Bedarfslisten der Entente-Staaten, in den Akten des Reichsministeriums für Wiederaufbau, bei den beauftragten Unternehmen, bei den Empfängern und nicht zuletzt in Zeitungskommentaren.

Unterstellt man, zweitens, auch den Dingen ihren »Eigensinn«, so lassen sich die zahllosen Unwägbarkeiten methodisch einhegen, die sich bei der logistischen Bewältigung von umfangreichen Materialtransporten im grenzüberschreitenden Verkehr kurz nach dem Weltkrieg ergeben mussten. In diesem Sinne wäre auch zu erwägen, ob und inwiefern neben den hier verwendeten Texten und Bildern den Dingen selbst Quellenwert zugesprochen werden sollte. Während die Sachleistungen als Verbrauchsmaterialien historisch kaum dingfest gemacht werden können, würden sich insbesondere die Kriegstrophäen und andere Restitutionsen für ein solches Herangehen eignen.

Drittens kann eine dinggeschichtliche Perspektive auf die materiellen Reparationen dazu beitragen, die Machtverhältnisse und -konstellationen zu betrachten, die in den tatsächlich erfolgten oder zumindest avisierten Lieferungen von Reparationsmaterial mitschwangen. Für die Rückgabe früherer Requisitionen wie im Fall der Kriegstrophäen liegt der inszenatorische Charakter der Rückerstattungen auf der Hand.⁴⁶

46 Vgl. Schivelbusch, *Bibliothek von Löwen* (Anm. 3).

Dass aber auch der Transfer der Sachleistungen kein logistisches Alltagsgeschäft war, deutet schon die Existenz der Fotografie von 1920 zu den »Reparations-Ablieferungen nach dem Versailler Diktat« an. Dass man das Reparationsmaterial in offenen Waggons ablichtete, war vor diesem Hintergrund keine rein dokumentarische Tätigkeit. Ein genauerer Blick auf die sozialen Praktiken des Verladens, des Transports und des Empfangs verspricht Aufschluss über den spezifischen Wert, den man der Reparationsware sowohl in Deutschland als auch in den Bestimmungsländern zuschrieb.

Damit dinggeschichtliche Ansätze aber unterm Strich mehr sind als wohlfeile Methodenexperimente, müssen sie an grundlegende Themen der Politik- und Wirtschaftsgeschichte anknüpfen, um diese zu modifizieren und gegebenenfalls auch zu korrigieren. In diesem Sinne könnte eine Geschichte der materiellen Dimension des Friedensschlusses dazu beitragen, das Hereinragen des Krieges in die Verhältnisse der Nachkriegszeit näher zu fassen.⁴⁷ Dass man auf deutscher Seite in den Reparationen durchaus auch ein »Instrument für die Reintegration [...] in die Weltwirtschaft« erkannte, wird in jüngerer Zeit wieder verstärkt diskutiert.⁴⁸ Ob sich vor diesem Hintergrund die klassische Unterscheidung zwischen Kriegs- und Friedenswirtschaft aufrechterhalten lässt, wäre zu fragen. Die materiellen Reparationen legen jedenfalls nahe, dass sich das Verhältnis von Siegern und Besiegten hybrider gestalten konnte, als es in den Bestimmungen des Versailler Vertrags vorgesehen war. Im Zuge des 100. »Jubiläums« von 1914 wurde das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Ersten Weltkrieg neu konturiert.⁴⁹ Die bevorstehende 100-jährige Wiederkehr des Versailler Vertragsabschlusses sollte zum Anlass genommen werden, die Politik der Reparationen als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln neu zu vermessen.

Dr. Anna Karla

Universität zu Köln | Historisches Institut

Albertus-Magnus-Platz | D-50923 Köln

E-Mail: akarla@uni-koeln.de

47 Zur interpretatorischen Fehlannahme eines »chronologischen Kriegsendes« im November 1918 vgl. grundsätzlich Leonhard, *Büchse der Pandora* (Anm. 4), S. 393-948, Zitat S. 929.

48 Tooze, *Sintflut* (Anm. 13), Zitat S. 388.

49 Vgl. Barry Supple, War Economies, in: Jay Winter (Hg.), *The Cambridge History of the First World War*, Bd. 2: *The State*, Cambridge 2014, S. 295-324; Hans-Peter Ullmann, Art. »Kriegswirtschaft«, in: Hirschfeld/Krumeich/Renz, *Enzyklopädie Erster Weltkrieg* (Anm. 11), S. 220-232; Dieter Ziegler, Die Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg. Trends der Forschung, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 56 (2015), S. 313-323.